

PRESSEMITTEILUNG #173 – 15. Juni 2021

Martin Habersaat:

## **Nichts gelernt: Diese Bildungsministerin regiert an der Realität in Schleswig-Holstein vorbei**

Zum heute von Bildungsministerin Karin Prien vorgestellten „Rahmenkonzept für das Schuljahr 2021/22 – Lernen aus der Pandemie“ erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Nach Wahrnehmung der Bildungsministerin war eines der wichtigsten Themen für die Eltern im Land im vergangenen Schuljahr die Frage, ob es für das Distanzlernen verbindliche Regeln und Standards gibt. Diese Wahrnehmung teilen wir, umso erstaunlicher ist, dass die Ministerin die Antwort schuldig bleibt und dieses Thema in der anstehenden Schulgesetznovelle ausspart.

Zum zweiten Mal in Folge wurde ein Lernsommer in kürzester Frist aus dem Boden gestampft, als käme der Termin der Ferien überraschend. Die Erfahrungen aus dem letzten Jahr wurden ignoriert. Kein Wunder, dass nur 1/5 der Schulen teilnehmen, mit Angeboten für weit weniger als 1/5 der Schülerinnen und Schüler (einzelne Schulen machen nur jahrgangsweise mit). Wer wirklich auf Unterstützung angewiesen ist, bekommt vielleicht nur einen Nachhilfegutschein in die Hand gedrückt. Immerhin, mag manche\*r sagen, aber eben weit entfernt von einer wirklich ganzheitlichen Betrachtung der jungen Menschen und eher kein Konzept, um Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern zu erreichen.

Zu den Wiederholungsquoten im kommenden Schuljahr mag die Ministerin noch nichts sagen, obwohl sie für einzelne Jahrgangsstufen seit Wochen feststehen. Ich hoffe sehr, dass hier nicht eine schlechte Nachricht auf die Zeit der Sommerpause geschoben werden soll. Geschoben wurde auch die Anschaffung der Endgeräte für Lehrkräfte – niemand weiß, warum.

Wichtig ist, den Schulen in den nächsten Monaten und Jahren nachhaltige und konkrete Unterstützung zu gewähren und ihnen bei ihrer pädagogischen Arbeit zu helfen, auch wenn die Ministerin das Wort Pädagogik aus dem Schulgesetz tilgen will. Dabei sind auch Beiträge des Landes erforderlich – und zwar nicht nur dann, wenn der Bund die Länder zur Kofinanzierung zwingt. Es ist fatal, dass Jamaika einen Pakt für mehr Schulsozialarbeit ablehnt, weil hier der Bund eben keine Kofinanzierung fordert. So bleiben Fortschritte in diesem Bereich nur dem Bund zu verdanken.“